Familienministerin Schreyer kritisiert fehlende Finanzierung zur Fortführung des Programms – Berufliche Bildung

23. Januar 2020

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey kann aufgrund fehlender Haushaltsmittel die Umsetzung des Bundesprogramms „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ nicht wie angekündigt fortführen. Folglich ist die Förderung eines zweiten Ausbildungsjahrgangs der praxisintegrierten Erzieherausbildung im nächsten Schuljahr nicht möglich. Bayerns **Familienministerin Kerstin Schreyer** kritisiert dies scharf: „Mir ist unbegreiflich, dass ausgerechnet an der Umsetzung dieses Bundesprogramms gespart wird. Schließlich ist der Fachkräftemangel im Bereich der gesamten Kinder- und Jugendhilfe eklatant. Besonders die Kindertagesbetreuung ist stark betroffen. Hier erwarte ich mir mehr Unterstützung seitens des Bundes und nicht nur leere Versprechungen.“

Vor dem Start des Bundesprogramms im Dezember 2017 hatte das Bundesfamilienministerium noch die Förderung von zwei Ausbildungsjahrgängen der sogenannten praxisintegrierten Ausbildung von Schülerinnen und Schülern der Erzieherausbildung ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020 angekündigt. Dabei handelt es sich um eine alternative und verkürzte Form der Erzieherausbildung, bei der die angehenden Erzieherinnen und Erzieher bereits während der Ausbildung eine Vergütung erhalten. In Bayern wird diese Form bereits seit vier Jahren im Rahmen des Modellversuchs OptiPrax erprobt. „Nun wird klar, was ich schon lange befürchtet habe. Es stehen nicht genügend Bundesmittel zur Verfügung, um einen zweiten Jahrgang nahtlos fördern zu können. Nicht nur die bayerischen Träger, auch die angehenden Schülerinnen und Schüler haben fest mit diesen Mitteln gerechnet.“

Familienministerin Kerstin Schreyer ist unabhängig von der Bundesinitiative selbst tätig geworden und hat im vergangenen Jahr mit dem „Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte und höhere Qualität in der Kinderbetreuung“ und dem „Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern“ eine eigene Fachkräfteoffensive für Bayern gestartet. Im Bündnis sind neben dem Familienministerium die Kommunalen Spitzenverbände, Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und Gewerkschaften beteiligt. „Nur, wenn es uns gelingt, gemeinsam ausreichend qualifizierte pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, können qualitative Verbesserungen im Bereich der Kindertagesbetreuung vorgenommen werden. Auch der Ausbau von Betreuungsplätzen steht und fällt mit dem zur Verfügung stehenden Personal. Daher setze ich mich klar für bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen ein,“ betont die Ministerin.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers